

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1927**

2.2.1927 (No. 27)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlsruher-  
straße Nr. 14  
Fernsprecher:  
Nr. 953  
und 954  
Postfachkonto  
Karlsruhe  
Nr. 3515

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger:  
Chefredakteur  
E. A. Mend,  
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— RM, einsch. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstags 15 Pfg. — Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 mm Höhe und ein Zentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Klassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antikliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Lagerhebung, zwangsweiser Verbreitung und Konturbefreiung fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche auf die Zeitung, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfahnen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfuß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wochenschriften, Antikliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

### Das Geld in der Weltwirtschaft Goldwährung oder Papierwährung?

Von Dr. Klaus Buchmann

Jüngst ist als 2. Band der Schriften des Weltwirtschafts-Instituts der Handelshochschule Leipzig (Verlag G. A. Gloedner, Leipzig) eine neues Werk des bekannten ehemaligen Professors der Nationalökonomie an der Universität Straßburg, Sartorius von Waltershausen, herausgegeben, betitelt „Die Weltwirtschaft und die staatlich geordneten Verkehrswirtschaften“. Ein tief-schürfendes Buch, das sich die Aufgabe stellt, die Weltwirtschaft zu schildern, wie sie ist und wie sie historisch entstanden ist. Die Weltwirtschaft wird darin als eine Gesamtwirtschaft aufgefaßt, deren Glieder die einzelnen staatlich ungetrennten und geordneten Volks- oder Verkehrswirtschaften sind. Sie gedeiht nach Sartorius, wenn alle Länder in ihr ihre Individualität nach besten Kräften entwickeln. Daher sind der Liberalismus, der Freihandel, die freie Wanderung u. a. m. für die Entwicklung der Weltwirtschaft nicht prinzipiell zu fordern, sondern nur insoweit, als jenes höhere Ziel damit am besten erreicht wird. Die Weltwirtschaft gedeiht aber auch nur dann, wenn die einzelnen Länder auf einander Rücksicht nehmen und sich nicht nationalitäts-eigenartig voneinander abschließen. Die Ausbildung des Völkerrechts mit wirtschaftlichem Inhalt ist deshalb geboten.

Eine Anzahl prinzipiell neuer Untersuchungen enthält das Buch. So über die sogenannte internationale Arbeitsteilung, über den Weltmarkt, über die Zahlungsbilanz und Verpflichtungsbilanz und über die Bereicherung einer Verkehrswirtschaft auf Kosten der anderen. Nicht zuletzt wird auch das Geldwesen vom Standpunkt der Weltwirtschaft aus untersucht. Gerade dieses Kapitel bringt des Interessanten und Beachtenswerten so viel, daß einiges daraus an dieser Stelle wiedergegeben sei, und zwar vornehmlich die Ausführungen, mit denen Sartorius für eine „Goldwährung“ eintritt:

Die Weltwirtschaft ist ganz überwiegend Geldwirtschaft, d. h. es wird beim Austausch von Waren in Geld gerechnet, gezahlt, kreditiert. Warum haben nicht alle Staaten dasselbe Geld, wodurch doch der zwischenstaatliche Verkehr ungemein gewinnen müßte? Die Antwort gibt die Beschaffenheit der Weltwirtschaft. Diese setzt sich aus zahlreichen sozialökonomischen und politischen Individualitäten zusammen, von denen jede ihre eigene Wirtschaftsgeschichte hat, in der die besondere Geldverfassung ausgebildet wurde. Eine einheitliche Weltwährung würde einen Weltstaat, der die ganze Erde umschließt, voraussetzen. Doch ein Einheitsgeld ist schließlich auch nicht das Dringlichste und Notwendigste. Was der Weltmarkt braucht, um gedeihen und blühen zu können, sind Stabilität, ein festes Preisniveau in jedem einzelnen Lande und feste Wechselkurse zwischen den verschiedenen Ländern. Die Aufgabe der über die Erde verbreiteten Goldwährungssysteme vor 1914 ist in hohem Maße der Grund gewesen, daß der Goldwert relative Stabilität durch Jahrzehnte besessen hat.

Der Goldstandard in und nach dem Weltkrieg waren die Vereinigten Staaten von Amerika. In den letzten Jahren vermochten eigentlich nur noch sie Gold herzugeben. Man sagt deshalb ja auch, sie seien im Begriff der „Weltbankier“ zu werden, als der bis 1871 Paris, nachher London galten. Jedoch muß man hier streng unterscheiden zwischen Gold und Geldkapital. Wenn die Vereinigten Staaten in den letzten Jahren viel Gold an sich gezogen haben — am 1. Juli 1924 machte ihr Gold rd. 8 1/2 Milliarden, ihr Gold aber rd. 4 1/2 Milliarden Dollar aus —, so ist dieses Gold zu Geldkapital geworden und war nicht erforderlich, um die versorgte Zirkulation mit Geldzeichen zu erfüllen. Sente hat sich in der Union, wo das Publikum die Goldzahlung der allgemeinen Sitte gemäß im Kleinverkehr ablehnt, ein Zustand tatsächlich entwickelt, der, obwohl von Rechts wegen die volle Goldwährung besteht, der sogenannten Goldwährung recht ähnlich sieht. Letztere ist, da sie im inneren Verkehr die Goldzirkulation erspart, für ein Volk billiger als die eigentliche Goldwährung und in einer Zeit, in der viele Länder verarmt sind, deshalb besonders zu empfehlen. Aber auch unter dem

Gedanken, daß in Zukunft die Goldproduktion einmal knapp werden kann, verdient es schon heute als eventuelles Vorbeugemittel gegen Goldmangel Beachtung. Für eine weitverbreitete Goldwährung läßt sich um so unbedenklicher eintreten, als in der Gegenwart und in der absehbaren Zukunft die vorhandenen 33 Milliarden Goldzahlungsmittel der Weltwirtschaft ausreichen. Sie wäre ein Ersatz der Goldwährungen, wie sie bis 1914 rechtens waren, und als allgemeines System für das 20. Jahrhundert möglich.

Wenn die Amerikaner den heutigen Zustand der rechtlichen Goldwährung, in Verbindung mit der Ablehnung des Goldmangels im Innern fortbestehen lassen, so würde das nur eine Empfehlung der Goldwährung für die europäischen Völker sein, und wenn man daran denkt, daß diese seit Kriegsausbruch, mit einer zeitweisen Ausnahme Schwedens, keine Goldmünzen im inneren Verkehr bis in die neueste Zeit gesehen haben, so ist kein Grund vorhanden, die innere Zirkulation deshalb wieder mit Gold zu sättigen, weil damit dem Wohlempfinden eines kleinen Teiles des Publikums, Gold durch die Finger laufen zu sehen, entsprochen würde. Auch in England besteht jetzt, nachdem dessen Währung die Goldparität wieder erreicht hat, die Goldwährung, wenngleich nicht ausgeschlossen ist, daß dieses Land aus konservativen Vorstellungen heraus wieder zu der alten Goldwährung zurückkehrt. Die Ausmünzung für private Rechnung ist dort gesperrt, und Noten werden nur gegen Barren von 400 Unzen d. i. 15575 £ Gold gesetzlicher Feinheit eingelöst. Somit ist Gold für die Auslandszahlung immer zu erhalten, während im Inneren Papier gesetzliches Zahlungsmittel bleibt und Münzen nur als Scheidemünzen zirkulieren. Wenn alle Länder der Erde von wirtschaftlicher Bedeutung zu diesem System übergingen, so würde nach Sartorius die Weltwirtschaft, vom Währungsstande aus betrachtet, wieder normal funktionieren, wie bis 1914. Für die Länder käme es zunächst darauf an, sich ausreichend mit Gold zu versorgen. Die Beträge sind zu beschaffen und sind zum Teil schon beschafft worden, denn da so viele Goldmünzen nicht mehr zirkulieren, konnten die Bankbestände, trotz der Abwanderung des Goldes nach den Vereinigten Staaten, erheblich aufgefüllt werden.

Die Goldwährung setzt freilich voraus, daß es gelingt, die Noten, die Währungsgeld sind, auf dem Stande der Goldparität zu halten. Es muß aber die willkürliche Ausgabe der Noten verhindert werden, damit die Inflation ausgeschlossen bleibt. Die Notendeckung mit guten Wecheln und Edelmetall, wie sie vor dem Kriege bestand, und die Anpassung der auszugehenden Notenmenge an die vorhandenen Deckungsmittel sowie an die Konjunktur wird auch die Goldwährung nicht entbehren können, wenngleich das starre Festhalten an der alten metallnen Mitteldeckung nicht begründet ist. Ein geordnetes Deckungssystem wird den monetären Kredit des Landes im ganzen hochhalten, solange die Bilanzen der Notenbanken regelmäßig veröffentlicht werden. Eine Stabilisierung der Valuta zwischen den Ländern mit Goldwährung ist ebenso durchzuführen, wie das ehemals bei den eigentlichen Goldwährungsländern der Fall war, denn es besteht ja die gemeinsame Goldbasis.

Der einzige Grund, der die von einer Doktrin geforderte reine Papierwährung zu stützen den Anschein hat, sind die verringerten Kosten der Geldverfassungen. Aber in der Praxis hat sich noch niemand gefunden, der das Experiment der definitiven Papierwährung zu wagen Lust hätte. Wenn alle Länder zur Papierwährung übergingen und alles Gold in der Industrie aufgenommen worden wäre, nachdem der Goldbergbau für lange Zeit beseitigt oder auf ein Minimum herabgesetzt worden wäre, so würden doch die Zahlungsbilanzen mit ihren Schwankungen geblieben sein und müßten ausgeglichen werden, wobei ungeheure Differenzen gelegentlich nicht ausbleiben würden, wenn der Staatskredit fänke oder die Inflation da wäre oder auch bloß befürchtet würde. Eine Störung der Weltwirtschaft würde damit zur Permanenz erklärt sein, wie sie von 1918—1925 zur Genüge ausgekostet worden ist, als — der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe — die Papierwährungen in so vielen Ländern entstanden.

### Die Regierungserklärung im Reichstag

Die Sitzung des Reichstages am Dienstag diente lediglich der Bereidigung der neuen Minister, die den Beamteneid noch nicht geleistet haben. Die Beratung der am morgigen Donnerstag im Reichstag abzugebenden Regierungserklärung ist einer neuen Kabinettsitzung vorbehalten, die heute, Mittwoch, stattfindet.

Nach der Regierungserklärung des Reichstanzlers zu Beginn der Donnerstagsitzung des Reichstages wird die Sitzung für zwei Stunden unterbrochen werden, um den Parteien Gelegenheit zu geben, zu dem Regierungsprogramm Stellung zu nehmen. Mehreren Blättern zufolge werden die Regierungsparteien voraussichtlich zunächst eine gemeinsame Erklärung abgeben lassen und ihre Redner erst vorschicken, wenn der Verlauf der Verhandlungen dies erforderlich macht. Laut „Tägl. Rundsch.“ wird der Zentrumsabgeordnete Dr. Wirth eine von der Zentrumsfraktion abweichende Meinung zum Ausdruck bringen. Die Abstimmung über die von den Sozialdemokraten und Kommunisten wahrscheinlich zu erwartenden Mißtrauensvoten wird nach dem gleichen Blatt erst am Samstag nachmittag erfolgen.

Am Montag soll die erste Lesung des Reichshaushalts für 1927 beginnen. Der Altstenerat, der für Donnerstag mittig einberufen ist, wird die genauen Bestimmungen über die Verhandlungen treffen.

#### Amtsantritt Dr. Köhlers

Der neuernannte Reichsminister der Finanzen, Dr. Köhler, hat am Dienstag die Leitung des Reichsfinanzministeriums übernommen. In seiner Begrüßungsrede betonte er, er wolle kein Einzelprogramm aufstellen. Anstelle der vielen Reden müsse die Tat treten. Die Vereinfachung der Verwaltung in Reich, Ländern und Gemeinden müsse alsbald durchgeführt werden, wenn möglich ohne das Stadium dickeriger Denkschriften. Hierauf dankte der Staatssekretär im Reichsfinanzministerium, Prof. Dr. Kopyn, für die herzlichen Worte der Begrüßung und übermittelte dem neuen Minister die Wünsche der Angehörigen des Reichsfinanzministeriums für die Führung seines Amtes.

#### Der Wechsel im Reichsernährungsministerium

Im Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft verabschiedete sich Dienstags Reichsminister Dr. Haslind von seinen Beamten mit warmen Worten des Dankes für ihre treue und vertrauensvolle Mitarbeit. Gleichzeitig trat der neue Minister Schiele sein Amt an und führte sich ein mit einer kurzen Ansprache, in der er auf die Bedeutung der Landwirtschaft für unsere Volkswirtschaft und Volksernährung und die daraus resultierende Stellung des Ministeriums im Rahmen der Reichsregierung hinwies. Staatssekretär Dr. Hoffmann hob die Verdienste Dr. Haslinds hervor und sprach ihm im Namen der Beamtenschaft seinen Dank und seine besten Wünsche für die Zukunft aus. Den neuen Minister begrüßte er als einen Mann, in dessen Hand die deutsche Landwirtschaft mit Zuversicht ihre Interessen gelegt sähe.

Der neue Reichsernährungsminister Schiele erklärte im Berliner „Tag“, daß es gelte, die deutsche Gesamtpolitik mit dem Geiste zu durchdringen, der sein wesentliches Ziel in der Binnenwirtschaft und in der Pflege und Förderung der heimischen landwirtschaftlichen Produktion sieht. Ein Volk, das seinen Ernährungsbedarf im eigenen Lande deckt, also Nahrungsfreiheit besitzt, sei auch Herr über seine Existenz. Der Weg zur Nahrungsfreiheit sei gleichzeitig der Weg aus der Krise der Landwirtschaft. Wir müssen ihn beschreiten, so fährt Schiele fort, indem wir eine Umstellung des Wanderzieles und des Arbeitszieles unseres Volkes von West nach Ost, von der überbevölkerten Großstadt auf das Land herbeiführen und in Gebiete der heimischen Landwirtschaft bodenständige und fruchtbarere Arbeitsmöglichkeiten schaffen. Wenn dieser Umstellungsprozess gelingen soll, so bedarf es dazu der Teilnahme des ganzen Volkes.

#### Abschied des Reichspostministers Dr. Stügel

Reichspostminister Dr. Stügel verabschiedete am Montag die Beamten des Reichspostministeriums zu einer Abschiedsfeier. Staatssekretär Sautter schilderte die Leistungen des Ministers auf dem Gebiete der Reorganisation der Verwaltung nach Inkrafttreten des Reichspostfinanzgesetzes, seine Verdienste um die wirtschaftliche Gestaltung und Modernisierung des Postwesens und seine Fürsorge für die Beamtenschaft. — In seiner Erwiderung betonte der Minister, daß es die Frucht treuen Zusammenarbeitens der gesamten Postbeamtenschaft sei, daß das reiche Erbe Stephans seinen Nachfolgern erhalten worden sei, und danke allen Mitarbeitern für ihre Treue und das ihm geschenkte Vertrauen.

#### Der Reichspräsident zum Fall Graef

Reichspräsident Hindenburg hat an den Abgeordneten Vizepräsidenten des Reichstages, Graf, folgendes Schreiben gerichtet:

Sehr geehrter Herr Graf!

„Die Bildung der neuen Reichsregierung ist nunmehr beendet. Die ihr entgegenstehenden Schwierigkeiten sind in erster Linie durch Ihren freien Entschluß, auf die von der deutschen nationalen Fraktion Ihnen angetragene Kandidatur eines Reichsministers zu verzichten, hinweggeräumt worden.“

Mit der Beilage: 9. Antiklicher Bericht über die Verhandlungen des Badischen Landtags



## Winteraufgaben der Gemeinden

Der milde Winter dieses Jahres hat bis jetzt keine großen Schneefälle gebracht. Im Haushalt der Großstädte pflegen die umfangreichen Schneefälle und die Begräbnung der Schneemassen aus den Straßen eine erhebliche Rolle zu spielen, denn für die Straßen- und Parkverwaltungen erwächst aus solchen Schneefällen häufig eine kostspielige Aufgabe. An andern Stellen aber erwartet man mit Sehnsucht darauf, daß die Lösung dieser Aufgabe die Verwaltungen zur Einstellung zahlreicher Hilfskräfte zwingt, wodurch der stets den Höhepunkt der Erwerbslosen bringende winterrliche Arbeitsmarkt in normalen Jahren wesentlich entlastet zu werden pflegt.

Angeht es einer Arbeitsmarktkrise wie der gegenwärtigen macht es freilich nicht allzuviel aus, wenn selbst eine sehr große Zahl von Arbeitslosen bei der Straßenreinigung beschäftigt werden könnte. Diese Tätigkeit gehört zwar zu denjenigen, zu denen verhältnismäßig viele ungelernete Arbeitskräfte herangezogen werden können. Aber auf der andern Seite darf man doch die Anforderungen, die die Arbeit auf den nackten, kalten Straßen in Wind und Wetter an die Widerstandsfähigkeit und vor allem auch an die Kleidung der Arbeitslosen stellt, nicht unterschätzen. Unsere großstädtischen Erwerbslosen, die gewohnt sind, in gut geheizten Fabriken ihrer Tätigkeit nachzugehen, haben sich im allgemeinen gegenüber den Anforderungen des Straßenreinigungsdienstes wenig widerstandsfähig gezeigt. Die Statistiken der Krankenkassen könnten hier eine herabsetzende Sprache führen, wenn sie einmal für diese gelegentlich städtischen Hilfsarbeiter gesondert geführt würden. In den Mittel- und Kleinstädten, wo der Zusammenhang mit der Landwirtschaft und mit der Natur überhaupt noch enger ist als in der Großstadt, liegen die Dinge hinsichtlich der Heranziehung von Arbeitslosen für kommunale Winterarbeiten wesentlich günstiger.

Aber im allgemeinen wird man die Bedeutung dieser Beschäftigung der Erwerbslosen als städtische Hilfskräfte nicht allzu hoch einschätzen dürfen. Wie die Dinge heute, bei der Dauerarbeitslosigkeit breiter Schichten der Arbeiterschaft einmal liegen, erscheint die Forderung, daß die Stadtverwaltungen, wenn sie die Erwerbslosen mit Straßenreinigungs- und Schneeraumungsarbeiten beschäftigen, ihnen auch die notwendige warme Kleidung, die zur Durchführung solcher Arbeiten notwendig ist, liefern müßten, nicht ganz unbedeutend. Denn Arbeiter und Angestellte, die monatelang keinen Arbeitsdienst haben, verfügen in der Regel nicht über so warme Kleidung, wie sie für Straßenhilfsarbeit in dieser kalten Jahreszeit nun einmal unentbehrlich sind.

Auf der andern Seite wird durch die Erfüllung derartiger Forderungen der Gemeindefiskus erheblich in Anspruch genommen, und so wird es der Gemeindefinanzminister, so erwünscht auch eine Beschäftigung größerer Mengen von Erwerbslosen bei derartigen Winterarbeiten wäre, mit Freuden begrüßen, daß der diesjährige Winter in seiner anormal milden Bitterkeit bisher die Einstellung von Hilfskräften für die Straßenreinigung im allgemeinen noch nicht erforderlich gemacht hat.

Mag aber der Winter hart sein oder milde, er bringt für die Gemeinden in jedem Jahre die höchste Belastung durch die Kosten der Wohlfahrtspflege. Man braucht hier gar nicht nur an die Erwerbslosen im engeren Sinne zu denken, für die ja heute die reichsgesetzliche Erwerbslosenfürsorge einigermassen sorgt. Auch die Not der Armen, die von den Gemeinden betreut werden, erreicht im Winter stets den allerhöchsten Stand. Unter ihnen ist die Zahl derer, die auf die reichsgesetzliche Erwerbslosenerhaltung keinen Anspruch haben, weil sie die hierfür vorgeschriebenen Voraussetzungen nicht erfüllen, außerordentlich groß. Die Fürsorge für die Armen ist besonders schwierig, weil hier ja keine festen Unterhaltungsätze gezahlt, sondern in individueller Weise, je nach Höhe und Art der Sozialität gehalten werden soll. Leider können bei dieser sozialen Hilfsfähigkeit die Gemeinden nicht mehr in so starkem Maße wie früher auf die Mitarbeit ehrenamtlich tätiger Bürger zählen. Die Mittelstands-Kreise, die den Großteil dieser Ehrenbeamten zu stellen pflegen, und die für diese Tätigkeit am geeignetsten sind, weil ihre Angehörigen das meiste Verständnis für die Bedürfnisse der notleidenden Bevölkerungsschichten haben, sind selbst vielfach verarmt, oder müssen schwer um ihr tägliches Brot und die Erhaltung ihrer Familien ringen, so daß sie für ehrenamtliche Gemeindefürsorge keine Zeit mehr übrig haben. Die kommunale Wohlfahrtspflege hat erheblich unter diesem Mangel an unbegleiteten Mitarbeitern aus dem Kreise der eingetragenen Bürgererschaft zu leiden.

Der Winter fügt den Aufgaben der modernen gemeindlichen Wohlfahrtspflege, die bekanntlich auch an die Stelle der Armenpflege getreten ist, mancherlei neue hinzu. Es genügt nicht und ist vielfach auch unrationell, den Hilfsbedürftigen nur Geldunterstützungen zu gewähren. Die Gemeinden kaufen daher in großen Mengen Heizmaterial, Kohle, Petroleum und Holz, ein, die dann unentgeltlich oder zu niedrigen Preisen an bedürftige Arbeiter verteilt werden. Weiter hat der Reichstag im Dezember vorigen Jahres für Kleinrentner, Sozialrentner und Erwerbslose, die keine reichsgesetzliche Unterstützung mehr beziehen, weil sie länger als ein Jahr in der Vorstadt sind, bereits Unterstützung bezogen haben, Weihnachtsgeld bewilligt. Die Gemeinden haben diese Weihnachtsgeld vielfach ergänzt, indem sie ihren Hilfsbedürftigen Einwohnern, die aus irgendeinem Grunde die Reichsweihnachtsgeld nicht erhalten können, aus eigenen Mitteln gleiche Zuwendungen gemacht haben.

Die Unterbringung der Obdachlosen bereitet im Winter oft große Schwierigkeiten und Kosten, denn eine große Zahl derer, die in den andern Jahreszeiten die Landstraße bewohnen, strömen im Winter, mag er kalt oder nah sein, nach den von den Gemeinden eingerichteten Unterkunftsstätten für Obdachlose.

Es gibt endlich auch außerhalb des weiten Gebiets der Wohlfahrtspflege noch manche andere Aufgaben, die vorzugsweise im Winter an die Gemeindeverwaltungen herantreten. Hier sei nur an die so wichtige Vernichtung des Ingezeifers erinnert, die im Winter sorgsam und eifrig durchgeführt werden muß, wenn die großen Schädigungen, die die Allgemeinheit durch Ratten, Mäuse, Mücken und andere Schädlingsplagen im Sommer erfährt, verhindert oder wenigstens nach Möglichkeit vermindert werden sollen.

So bringt der Winter auf wichtigen Gebieten der Gemeindefürsorge den Höhepunkt des gemeinnützigen Wirkens und eine Fülle schwieriger, oft die Kräfte der Verwaltungen fast übersteigender Aufgaben. Je höher der Winter die allgemeine Not steigert (und es ist nicht immer nur die große Kälte, die schwere Winternächte hervorbringt), desto größer wird naturgemäß der Umfang der Pflichten derjenigen Teile der Gemeindeverwaltungen, die sich mit der Bekämpfung und Vinderung der Not der Massen zu befassen haben.

„Sparpar“ bei den Sparassen. Für den Wohnungsbau sind auch die Einlagen der kleinen Sparer nicht unbeachtlich. Im diesen Sparern eine solide und sichere Spargmöglichkeit zu gewähren, werden künftig die Sparassen den Kleinwohnungsbaue durch Realcreditgewährung und Organisation der Sparaktivität für den Wohnungsbau zu fördern suchen, wie es auch von Seiten des Wohnungsausschusses des Deutschen Städtebundes empfohlen wird.

## Badischer Teil

### Barablösung der Anleihe-Kleinbeträge

Vom Reichsfinanzministerium wird mitgeteilt: Am Dienstag, den 1. Februar beginnt das Verfahren für die Barablösung der Anleihe-Kleinbeträge von alten Reichsanleihen, sowie für die Gewährung der Wohlfahrtsrenten an soziale und kulturelle Einrichtungen, die Altbesitzer von Reichsanleihen des Reiches sind. Personen, die Altbesitzer von Reichsanleihen des Reiches sind, die im Jahre 1926 nicht mehr als 1500 Mark betrug, erhalten für ihre Anleihebeträge eine Barablösung von 8 bzw. 15 Prozent. Die Anträge sind bis zum 31. März an die Anleihealtbesitzerstellen bei den Finanzämtern auf amtlichem Vordruck zu richten. Die Vordrucke sind bei den Stellen erhältlich.

Die Träger von Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege erhalten für die Auslosungsrechte, die ihnen als Anleihealtbesitzer zuerkannt sind, eine soziale Wohlfahrtsrente. Diese ist auf amtlichem Vordruck bis zum 30. April bei den Ausschüssen für die soziale Wohlfahrtsrente zu beantragen. Die Ausschüsse sind in Preußen bei den Oberpräsidenten, in Bayern bei den Bezirksregierungen, in Baden bei den Landeskommissionen und in den übrigen Ländern bei den Sozialministerien errichtet. Die amtlichen Vordrucke sind bei den Ausschüssen, sowie bei den Spitzenorganisationen der preussischen Wohlfahrtspflege erhältlich. Die Träger von Einrichtungen zur Förderung wissenschaftlicher Forschung oder Ausbildung erhalten für die Auslosungsrechte, die ihnen für Anleihealtbesitzer zuerkannt sind, eine kulturelle Wohlfahrtsrente. Diese ist ebenfalls bis zum 30. April auf amtlichem Vordruck zu beantragen. Anträge sind in Bayern an die Bezirksregierungen und in den übrigen größeren Ländern an die Unterrichtsministerien zu richten.

### Bekämpfung der Volkstrankheiten

Dieser Tage fand in Mosbach eine vom Bad. Landesverband für Säuglings- und Kleintierfürsorge gemeinsam mit dem Bad. Krüppelfürsorgeverein und dem Bad. Landesverband zur Bekämpfung der Tuberkulose einberufene Versammlung statt. Professor Baeyer (Heidelberg) sprach über die Bedeutung der Krüppelfürsorge, Professor Bergmann (Karlsruhe) über die Tuberkulose in Baden und ihre Bekämpfung. In bezug auf die Bekämpfung dieser Seuche stand bis vor zwei Jahren an erster Stelle. In den letzten Jahren seien jedoch die Zahlen dauernd gesunken. Die Tuberkulose müsse bekämpft werden durch Verhütung, Vermeidung von Ansteckung und frühzeitige Behandlung. Dr. Kappes (Karlsruhe) sprach über planmäßige Säuglings- und Kleintierfürsorge. In Mosbach (Bezirk) habe die Säuglingsfürsorge in den letzten Jahren über dem Landesdurchschnitt gestanden. Zur guten Säuglingspflege gehöre: Sauberkeit, Ordnung, richtige Nahrung und Kleidung.

### Generalversammlung der Ob- u. Kleinrentner

Am 1. Febr. in der Generalversammlung der Ob- und Kleinrentner am vergangenen Sonntag hielt Geschäftsführer Haber von der Landwirtschaftskammer einen Vortrag über den Entwurf des Brandversicherungsmonopolgesetzes. Er betonte insbesondere, daß auf den Fortfall des Zwanges zur Gemeindefürsorge hingewirkt werden müsse. Die Rentner, welche sich eventuell zu einer freiwilligen Gemeinschaftsbrennerei entschließen hätten, deren Lebensfähigkeit sich später herausstelle, müßten ihr altes Brennrecht zurückhalten. Auch die Übertragung des Brennrechtes auf ein anderes Grundstück sollte erreicht werden. Die steuerliche Begünstigung der Ob- und Kleinrentner sei unbedingt notwendig. Im Laufe seiner Ausführungen hob der Redner besonders hervor, daß Reichsfinanzminister Dr. Müller in Berlin ein besseres Verständnis für die Bedürfnisse der Ob- und Kleinrentner erwirbt werde. Der Vorsitzende, Obbürgermeister Leppert, gab sodann bekannt, daß er aus Gesundheitsrücksichten und infolge hohen Alters das Amt eines Bezirksvorsitzenden niederlegen werde. An seine Stelle wurde Herr von Renville von Schloß Lubach gewählt.

### Hotelpreise in Baden 1927

Das bisher vorliegende Ergebnis einer Umfrage bei den Fremdenbetrieben in Baden durch den Badischen Verkehrsverband läßt bereits erkennen, daß im allgemeinen die Hotelpreise des Jahres 1926 auch im Jahre 1927 wieder Geltung haben werden. Bekanntlich ist im Jahre 1926 bei einem nicht unerheblichen Teil der Hotels und Gasthäuser eine Herabsetzung der Preisen erfolgt, die sich für den Besuch des badischen Landes günstig auswirkte. Etwa 80 Proz. der für 1927 angemeldeten Preise stimmen mit den letztjährigen überein, bei etwa 15 Proz. sind Verringerungen nach unten und bei 5 Proz. Verringerungen erfolgt. Bei letzteren Verringerungen handelt es sich teils um Betriebe mit neuerschaffenen verbesserten Einrichtungen. Es muß anerkannt werden, daß die Festsetzung der Hotelpreise, die zwangsläufig durch die kurze Saisondauer und die große Belastung der Fremdenbetriebe verursacht werden, wiederum mit größter Vorsicht unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Lage eines großen Teiles der Erholungsregionen erfolgt ist, so daß in Verbindung mit der geplanten umfangreichen Werbung des Badischen Verkehrsverbandes und seiner Mitglieder auch für das Jahr 1927 eine fortwährend günstige Auswirkung hinsichtlich eines vermehrten Besuches des badischen Landes erwartet werden darf. Im allgemeinen Interesse wie im Interesse der Fremdenbetriebe selbst liegt es, wenn die ihnen zugestellten Fragebogen alsbald dem Badischen Verkehrsverband zugeleitet werden.

### Zunahme der Verkehrsorganisationen in Baden

In der letzten Zeit ist wiederum eine erfreuliche Zunahme von örtlichen Verkehrsorganisationen zu verzeichnen. Es gibt heute kaum einen Ort, in dem nicht ein besonderer Verein die Verkehrsinteressen wahrnimmt. Ueberall führt die Förderung der Bewegung des Fremdenverkehrs und die Behandlung allgemeiner verkehrspolitischer- und verkehrswirtschaftlicher Fragen zu einem Zusammenschluß. Folgende Orte haben neue Verkehrsvereine gegründet, die bereits einen beachtenswerten Stamm von Mitgliedern haben: Immendingen, Wolfach, Todtnauberg, Waldsüt und Mingsolheim, als Ortsgruppe des Verkehrsvereins Bruchsal. Das Schwefelbad Mingsolheim mit der bekannten Modusquelle erfreut sich einer ständig steigenden Frequenz. Das badische und pfälzische Landesversicherungsamt haben mit der Direktion des Bades ein Abkommen getroffen, nach dem den Mitgliedern der Verbände hier Heilbehandlung zugestanden wird.

### Tagungen

Badische Philologentagung. Der Badische Philologenverein, der seinen Sitz in Karlsruhe hat und 1200 Mitglieder zählt wird im kommenden Sommer eine Tagung in Triberg abhalten.

Die zweite Wanderversammlung des Badischen Landesfischereivereins findet am 13. Februar in Konstanz im Bürgerauschussaal statt.

### Aus den Parteien

Wie bereits gemeldet, findet am Samstag, den 5. und Sonntag, den 6. Februar in Donaueschingen die ordentliche Landesversammlung der Deutschen Demokratischen Partei in Baden statt. Präsident Dr. Glodner wird den Bericht der Landtagsfraktion erstatten. Oekonomierat Bieschauer über Bauernsiedlung im deutschen Osten sprechen. Ferner werden Ansprachen halten. Kultusminister Veers, Reichstagsabgeordneter Haas. Bei einer großen öffentlichen Kundgebung am Sonntag werden die Reichstagsabg. Koch und Dietrich das Wort ergreifen.

### Gemeinde-Rundschau

Ein neues Freiburger Tuberkuloseheim. Die Stadt Freiburg hat vor einiger Zeit den „Waldenweghof“ in der Nähe von Kirchzarten erworben. Durch die Umorganisation des Wirtschaftsbetriebes wurde das Herrschaftshaus, eine moderne, am Nordabhang des Tales gelegene Villa, frei und konnte dem städtischen Fürsorgeamt als Heim für Tuberkulose zur Verfügung gestellt werden. Am Montag fand eine Besichtigung durch Presse und Stadtrat statt, dabei teilte Bürgermeister Nibel mit, das Haus biete Platz für 20 Männer, die hierher gebracht werden sollten, um fürs erste ihre Familien und Angehörigen vor Ansteckung zu schützen. Kein Dauerheim stelle es also dar, sondern eine Übergangsstation für die eigentliche Heilstättenbehandlung, ähnlich der Anstalt für Frauen auf dem Gungelberg. Im Namen der Polyzhimit übernahm Professor Dr. Hegler das Heim. Wenn auch zur Zeit ein kleiner Rückgang der Tuberkulose zu verzeichnen sei, so müsse doch für die kommenden Jahre mit einem Anwachsen der Seuche gerechnet werden. Für diesen künftigen Kampf sei das neue Heim ein wertvolles Hilfsmittel. Professor Hegler dankte allen an der Errichtung und am Ausbau der Anstalt Beteiligten, vor allem Oberbürgermeister Dr. Bender und Bürgermeister Nibel, sowie dem Direktor des Fürsorgeamtes, Kopp, nicht zuletzt aber auch dafür, daß die Stadt Freiburg mit der Erstellung des Heims ein Vorbild gegeben habe, daß die Tuberkulosefürsorge nicht als Anhängsel der allgemeinen Fürsorge behandelt werden dürfe, sondern eine besondere wichtige Aufgabe darstelle.

Verkehrsverein Forzheim. Der Ausschuss des Verkehrsvereins Forzheim beriet insbesondere über den kommenden Fahrplan. Es wurde dabei betont, daß die Grundlage des Fahrplanes die Strecke Karlsruhe-Forzheim-Mühlacker sei, die den großen Durchgangsverkehr von Frankreich nach Österreich und dem Baltan bilde. Der Wettbewerb der Schweiz im Bunde mit Österreich mache uns viel zu schaffen, und nur langsam gewinnen wir unseren alten Verkehr zurück. Dennoch bestehe Aussicht, daß im kommenden Fahrplan durch Führung eines neuen sehr schnellen Zugpaares mit allen drei Schnellzugsklassen zwischen Paris und Wien ein vielversprechender Anfang für die Wiedergewinnung der einstigen Bedeutung unserer Linie gemacht werde.

Zwei Millionen Differenz! Am Montag war der Submissionstermin für die großen Erd-, Sprengungs- und Dauerarbeiten zur Staustufe Heidelberg (Kirchstraße) des Neckarstamms. Während das teuerste Angebot auf 3,97 Millionen RM lautete, nennt das niedrigste Angebot nur 1,89 Millionen. Der Unterschied betragt also mehr als zwei Millionen RM.

### Versuche mit Arbeitsfürsorge

Der größte Mangel der heutigen unterfühlenden Erwerbslosenfürsorge besteht darin, daß sie den Arbeitslosen wohl Unterstützung, aber keine Arbeit verschaffen kann. Wie man sich zu der Herbeiführung des „Machts auf Arbeit“ beereifigt auch stellen mag, so ist es doch in jedem Falle klar, daß Arbeiter und Angestellte, die monatelang, gegenwärtig in vielen Fällen sogar schon mehr als ein halbes Jahr lang, infolge der wirtschaftlichen Krise ohne Arbeit sind, auf die Dauer in ihrer Arbeitsfähigkeit und nicht selten auch in ihrer Arbeitslust beeinträchtigt werden. Dagegen kann man die Arbeitslosen nur dadurch schützen, daß man ihnen neben der Unterstützung eine gewisse Tätigkeit verschafft, soweit man ihnen nicht etwa durch die produktive Erwerbslosenfürsorge regelrechte Arbeit sichern kann. Man nennt die Art der Arbeit, die nur aus sozialen Gründen den Arbeitslosen beschafft wird, zum Unterschiede von der regulären Arbeitstätigkeit Arbeitsfürsorge. In einigen Städten sind mit dieser Arbeitsfürsorge bereits erfolgreiche Versuche gemacht worden. Es handelt sich dabei z. B. um Helferdienste jeder Art in der kommunalen Verwaltung und in gemeinnützigen Vereinen sowie um Instandsetzungsarbeiten, die bei Verwendung regulärer Arbeitskräfte sich zu teuer gestalten würden. Voraussetzung muß dabei natürlich sein, daß nicht etwa andere Arbeitskräfte verdrängt werden. Es soll also nur zusätzliche Arbeit gemeinnützigen Charakters für die Zwecke der Arbeitsfürsorge ausgeführt werden. Derartige Arbeiten, die mit bezahlten Arbeitskräften nicht durchgeführt werden können, finden sich besonders in jeder kommunalen Verwaltung in reichlichem Maße. In Köln, wo man die Arbeitsfürsorge bereits im Großen organisiert hat, werden gleichzeitig im Durchschnitt 3000 Menschen dabei beschäftigt. Die Tätigkeit dauert nur täglich vier Stunden und wird dem einzelnen Arbeitslosen höchstens ein viertel Jahr lang gewährt. Die Löhne, die gezahlt werden, übersteigen die Unterhaltungsätze nur um ein geringes. Die Arbeit soll hier nicht als aufzwingende Last, sondern als eine den Arbeitslosen gewährte Wohltat betrachtet werden.

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte Karlsruhe. In Baden hat es gestern tagsüber noch zeitweise geregnet, im Gebirge fiel Schnee. Heute Morgen ist es vielfach bedeckt. Ueber Nordfrankreich hat sich ein kräftiger Wandwirbel des nördlichen Tiefdruckgebietes entwickelt, unter dessen Einfluß es auch bei uns zu neuen Niederschlägen kommen wird. Nach Abzug dieses Wirbels steht wieder Aufheiterung und vorübergehend stärkere Abkühlung (mit Strahlungsfrost) in Aussicht. Voraussichtliche Witterung für 3. Februar: Nach Niederschlägen mit lebhaften, teilweise sehr böigen Südwestwinden wieder Aufheiterung und vorübergehend kalter.

### Kurze Nachrichten aus Baden

23. Mannheim 31. Jan. Die Arbeiten am Bau des Mannheimer Planetariums stehen kurz vor ihrer Vollendung. Gegenwärtig wird der Zeißsche Projektionsapparat aufmontiert, und man rechnet bestimmt damit, daß die feierliche Eröffnung Anfang März stattfinden kann. Damit zählt dann Mannheim zu den wenigen deutschen Großstädten, die über den hoch bedeutsamen Zeißschen Apparat verfügen.

23. Mannheim, 2. Febr. Am 18. Januar betrug die Zahl der beim Arbeitsamt Mannheim gemeldeten Arbeitslosen 20 408 gegen 20 615 am 11. Januar.

23. Mannheim, 1. Febr. Gestern mittag 1/3 Uhr überflog ein französisches Flugzeug die Stadt in Stärke von 4 Flugzeugen Mannheim.

**23. Heidelberg, 31. Jan.** Am Samstag und Sonntag hielt die Süddeutsche Arbeitsgemeinschaft der Vereinigungen auslanddeutscher Studierender in Heidelberg eine Schulungstagung ab, in welcher von allen Hochschulen Baden und Württembergs Vertretungen erschienen waren. Die Arbeitsgemeinschaft wurde im Wintersemester 25/26 in Stuttgart gegründet und hat bisher in Stuttgart und Karlsruhe getagt.

**23. Heidelberg, 30. Jan.** Gestern konnte die Heidelberger Buchdruckerorganisation den Tag begeben, an dem vor hundert Jahren die erste Zusammenfassung der Buchdrucker in Heidelberg wenigstens in einer Unterstufungskasse gelungen war. Es handelt sich um eine zum Jahresbeginn 1827 in Kraft getretene „Unterstützungskasse für heilige und durchreisende Buchdrucker“, die ihre Tätigkeit mit 17 Mitgliedern begann. Bereits 1840, als die Kasse über ein Vermögen von 408 Gulden verfügte, wurde auch ein Sterbegeld eingeführt. Sicherlich gehört die Organisation einer derartigen gemeinnützigen Kasse zu den ersten deutschen Selbsthilfsgründungen dieser Art. Schon im Jahre 1848 erging von Heidelberg aus ein Ruf an die gesamten deutschen Buchdrucker, eine Zentralorganisation der Buchdrucker für ganz Deutschland zu schaffen. Man arbeitete in Heidelberg die gesamten Unterlagen für eine Gesamtverbandegründung aus einschließlich eines Tarifentwurfs und einer Skizze für die Richtlinien im Unterstützungswesen. Wenn auch diese Bestrebungen damals nur vorübergehenden Erfolg hatten, so waren sie doch die Wegbereiter für die 18 Jahre später vorgenommene Gründung des Verbandes deutscher Buchdrucker. Gestern Abend fand nun aus Anlaß des Gedentages eine Feier in der Stadthalle statt, an der außer einem Bürgermeister als Vertreter der Stadt auch Vertreter des Mittelrheingaus und anderer benachbarter Vereinigungen teilnahmen.

**23. Ettlingen, 3. Jan.** Auch in die Orte des Albtales hat die Grippe ihren unliebsamen Einzug gehalten. In verschiedenen Orten, so in Speffart, mußten die Schulen geschlossen werden. In Langensteinbach sind vier Lehrer und über 50 Kinder erkrankt. In letzterem Orte hat der Tod im Januar auffallend viele Opfer geerntet, sind doch bereits im Januar sieben Personen dort gestorben.

**23. Ettlingen, 31. Jan.** Der älteste Einwohner der hiesigen Gemeinde, Andreas Junger, ist gestern im Alter von 94 Jahren gestorben. Bis einige Monate vor seinem Tod erfreute er sich bester Gesundheit und Mäßigkeit.

**23. Oppenau, 31. Jan.** In der Nacht von Samstag auf Sonntag brach in der Wäremöbelfabrik der Süddeutschen Schreibmaschinen und Büroeinrichtungen Ges. m. b. H., Inhaber J. Hauser, hier Feuer aus. In den großen 75 Meter langen Fabrikgebäuden waren große Vorräte an fertig- und Halbfertigfabrikaten, sowie zugerichteten trockenen Hölzern, so daß das Feuer reichlich Nahrung fand und innerhalb zwei Stunden die sämtlichen Stodwerke bis auf den Grund niederbrannten. An eine Rettung war nicht zu denken, auch die Maschinenfabrik, Trockenanlagen und in den Kellern untergebrachte Zunderlager wurden vollständig zerstört.

**23. Konstanz, 31. Jan.** Nach längerem Leiden starb hier der Geh. Regierungsrat Dr. Heinrich Belser, 1861 in Baden geboren wurde Dr. Belser 1884 Rechtspraktikant und war später als Amtmann in Karlsruhe und Neßmersdorf tätig, dann Amtsvorstand in Neßl und Vörsach und kam 1911 in gleicher Eigenschaft nach Konstanz. Während des Krieges wurde er zum Nachfolger des in den Ruhestand getretenen Landeskommissars Straub ernannt.

**23. Regensburg, 31. Jan.** Der großen Landwirteversammlung in Regensburg, deren Beratungsgegenstand Qualitätsstab war, sind im diesseitigen Bezahl eine Reihe ähnlicher Veranstaltungen gefolgt, in denen Saatgutinspektoren Erhard von der Badischen Landwirtschaftskammer referierte. Im Anschluß daran wurden Tabakbauvereine gegründet, so in Boderstweier und Hesselburg.

## Handel und Wirtschaft

### Berliner Devisennotierungen

	2. Februar		1. Februar	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.40	168.82	168.37	168.79
Kopenhagen 100 Kr.	112.31	112.59	112.31	112.59
Italien . . . 100 L.	17.96	18.00	18.06	18.10
London . . . 1 Pf.	20.437	20.489	20.437	20.489
New York . . . 1 D.	4.2145	4.2245	4.2105	4.2245
Paris . . . 100 Fr.	16.595	16.625	16.595	16.635
Schweiz . . . 100 Fr.	81.07	81.27	81.06	81.26
Wien 100 Schilling	59.41	59.55	59.43	59.57
Prag . . . Kr. 100	12.476	12.516	12.476	12.516

**Karlsruher Brauereigenossenschaft vorm. Schreypp & A. Prink.** Die Generalversammlung genehmigte die Regularien. Eine Zuwahl in den Aufsichtsrat für das durch Tod ausgeschiedene Mitglied Albert Prink sen., fand nicht statt. Aus dem Reingewinn von 377 389 RM. wird eine Dividende von 9 Prozent verteilt, während der Rest vorgetragen, bezw. einer Sonderreserve überwiesen wird.

**Vereinigte Brauereien Waldshuter Löwenbräu und Sälzinger Exportbräu, AG, Waldshut.** Die in Mannheim stattgefundene Generalversammlung beschloß die Erhöhung des Grundkapitals von 17 000 RM. um 232 800 RM. durch Ausgabe neuer Stammaktien a 200 RM. zu pari unter Ausschluß des gesetzlichen Bezugsrechtes. Die Aktien sind bereits voll gezeichnet. Die bisherigen Vorzugsaktien von 7 200 RM. wurden in Stammaktien umgewandelt. Der Name der Gesellschaft soll nunmehr sein: Löwenbrauerei AG, Waldshut. Neu in den Aufsichtsrat wurden gewählt: Großkaufmann Max Ehemann von der Firma Hopfenhandlung Leon Weil, Heidelberg. Der Gewinn von 20 560 RM. wird auf neue Rechnung vorgetragen.

**Konurse und Geschäftsaussichten im Januar.** Nach Mitteilung des Statistischen Reichsamtes wurden im Januar dieses Jahres durch den „Reichsanzeiger“ 493 neue Konurse — ohne die wegen Vermögensvergleichs abgelehnten Anträge auf Konkursöffnung — und 93 angeordnete Geschäftsaussichten bekanntgegeben. Die entsprechenden Zahlen für den Vormonat stellen sich auf 435 bzw. 120.

### Verschiedenes

**Eröffnung der Meisterschule für deutschen Buchdruck.** In Anwesenheit zahlreicher Vertreter der deutschen Buchdruckerorganisationen und einer Reihe von Ehrengästen, unter denen sich auch Reichstagspräsident Brüder, sowie Vertreter staatlicher und städtischer Behörden befanden, wurde in München die Meisterschule für deutschen Buchdruck eröffnet. Als Paten-geheim der bayerischen Regierung wurde eine Stiftung von 50 000 M. übergeben. Den Festvortrag hielt Professor Fritz Gähns von der Leipziger Akademie, der über Mühlens und Waberns Anteil an dem technischen Fortschritt im Buchdruckgewerbe sprach.

## Staatsanzeiger

Maul- und Rauschstoffe  
Nach Meldungen der Bezirkstierärzte waren am 1. Februar 1927 verzeichnet:

Amtsbezirke: Bruchsal: Gemeinden: Ringolsheim, Bühl: Kappelwindeck, Oberwasser, Ungersheim, Ettlingen: Langensteinbach, Heidelberg: Heidelberg, Heidelberg-Kirchheim, Doffenheim, Gauangeloch, Lobensfeld (Schwabenheim) Karlsruhe: Karlsruhe-Grünwinkel, Nehl: Edartsweiler, Memprechtshofen, Lehr: Kürzell, Nonnenweier, Mannheim: Altkirchheim, Hohenheim, Radenburg, Keilingen, Pforzheim: Ipringen, Riefen, Heselbronn, Stein, Naßau: Hügelsheim, Sinsheim: Reichen, Schluchtern, Tauberhofsheim: Wittigheim, Oberschüpp, Windischbüch, Waldshut: Höchenschwand, Wiesloch: Naueneck, Walldorf.

## Personeller Teil

Ernennungen, Beförderungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten.

Aus dem Bereich des Ministeriums des Kultus und Unterrichts

Ernannt:

Gewerbelehrer August Zimmermann an der Gewerbeschule in Karlsruhe zum Direktor dafelbst.

Planmäßig angestellt als Gewerbelehrer:

die Gewerbelehrer: Dipl.-Ing. Otto Ruf in Freiburg, Dr. ing. Herbert Frits in Freiburg, Dipl.-Ing. Gewerbelehrer Augustin Schupp in Karlsruhe, Dipl.-Ing. Gewerbelehrer Felix Spiegel in Karlsruhe, Dipl.-Ing. Gewerbelehrer Oskar Malsch in Karlsruhe, Hans Ring in Karlsruhe, Dipl.-Ing. Walter Strieber in Karlsruhe, Dipl.-Ing. Gewerbelehrer Karl Ullrich in Lehr, Otto Kolb in Lehr, Jakob Buchleitner in Lehr, Dipl.-Ing. Wilhelm Beutenmüller in Durlach, Zeichenlehrer Candidat Egon Gutmann in Karlsruhe.

Planmäßig angestellt als Handelslehrer:

Handelslehrer Oskar Holberer in Karlsruhe, die Handelslehrer: Johann Kopp in Freiburg, Ottilie Hercher in Freiburg, Maria Hattel in Freiburg, Ida Mayer in Freiburg, Emil Weber in Freiburg, Walter Oberhard in Freiburg, Karl Ritter in Freiburg, Wilhelm Kunz in Karlsruhe I, Werner Marx in Karlsruhe I, Dr. Josef Ring in Karlsruhe I, Richard Heil in Karlsruhe I, Wilhelm Schild in Karlsruhe II, Karl Hammerlin in Karlsruhe II, Philipp Müller in Mannheim I, Josef Straßer in Waldbrunn.

Verleihen:

Dem Privatdozenten an der Universität Heidelberg Dr. Eduard Pauli für die Dauer seiner Zugehörigkeit zum Lehrkörper der Universität Heidelberg die Amtsbezeichnung außerordentlicher Professor.

Zurückgenommen:

Die Beförderung des Gewerbelehrers Friedrich Gertter von Pforzheim nach Durlach.

## COLOSSEUM

Täglich abends 8 Uhr  
Sonntag 4 und 8 Uhr

### Varieté-Vorstellung

internationaler Künstler

Am 31. Dezember 1926 waren im Goldhypothekenregister eingetragen:  
Hypothekendarlehen über . . . GM. 35 857 022.—  
Ferner besaß die Bank Hypothekendarlehen aus Mitteln der Deutschen Rentenbank-Creditanstalt . . . GM. 2 668 790.—  
Im Umlauf befanden sich Gold-Hypotheken-Pfandbriefe . . . GM. 33 523 869.—  
Von der Deutschen Rentenbank-Creditanstalt waren ferner zur Verfügung gestellt . . . GM. 2 669 030.—  
Rheinische Hypothekenbank.

### Nehmt Musikunterricht

bei der Musiklehrerschaft des Deutschen Musikerverbandes  
Lehreradressen erhältlich in den Musikalienhandlungen

**J. 741. Baden.** Die Stadt Sparfasse Durlach hat das Angebot des verstorbenen gegangenen Hypothekenbriefes des Grundbuchamtes Baden vom 22. Febr. 1908 über die im Grundbuch Baden Band 17, S. 165 III. Abt. Nr. 7 auf dem Grundstück Vb. Nr. 2413 der Gewerkschaft Baden, Weinbergstr., Eigentum des Kaufmanns Josef Pfeiffer in Bühl, und dessen Ehefrau Emilie, geb. Freund dafelbst zu je 1/2 Miteigentum zu Gunsten der Antragstellerin eingetragenen Hypothek für Darlehen im Betrage von 33 000 RM., nebst 4 1/2 % Zins beantragt. Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf Mittwoch, den

## Rheinische Hypothekenbank in Mannheim.

### Bekanntmachung nach Art. 60 der Durchführungsverordnung zum Aufwertungs-Gesetz.

#### I. Nettobestand der Pfandbriefteilungsgruppe am 31. Dezember 1926.

(Nach Abzug des Verwaltungsstellenbeitrags.)

A. Aktiva:	Aufwertungsbeitrag zu 25 %
1. Ansprüche aus bestehenden Hypotheken	GM. 69 515 223.15
2. Rückwirkungsansprüche und Anteil der Masse an den Vorbehalts-hypotheken	41 347 037.27
3. Anlagen der Teilungsgruppe aus eingegangenen Rückzahlungen und Zinsen	7 086 753.60
	GM. 117 949 014.02

B. Passiva:  
Goldmarkbetrag der teilnahmeberechtigten Pfandbriefe (unter Berücksichtigung der Anmeldeansprüche aus § 49 Abs. 2 Art. 80 der D.V.O. zum Aufw.Ges.) GM. 612 352 020.74

#### II. Nettobestand der Kommunalobligationsteilungsgruppe am 31. Dezember 1926.

(Nach Abzug des Verwaltungsstellenbeitrags.)

A. Aktiva:	
1. Goldmarkbestand der aufzuwertenden Kommunaldarlehen, berechnet nach dem Anleihe-Ablösungsgesetz:	
a) Forderungen an Gemeinden und sonstige öffentliche Rechtspersonen (Mitbest. 12 1/2 % Ablösung)	GM. 778 147.50
(Neubest. 2 1/2 % Ablösung)	20 964.50
b) Forderungen an Private unter Bürgschaft von Gemeinden und sonstigen öffentlichen Rechtspersonen (25 % Aufwertung)	60 999.94
GM. 860 111.94	
2. Anlagen der Teilungsgruppe aus eingegangenen Rückzahlungen und Zinsen	56 967.40
	GM. 917 079.34

B. Passiva:  
Goldmarkbetrag der teilnahmeberechtigten Kommunalobligationen . . . GM. 20 191 546.47

Wie bei den früheren Veröffentlichungen ist auch jetzt wieder darauf hinzuweisen, daß aus vorstehenden Zahlen Schlüsse auf die tatsächliche zur Ausschüttung gelangende Quote nicht gezogen werden können, zumal die durch Herabsetzung der Aufwertungsquote und durch Verlust des dinglichen Anspruchs usw. entstandenen Minderungen in obigen Zahlen erst teilweise zum Ausdruck kommen. Bei der Ungewißheit über zahlreiche Fragen auf dem Gebiet der Aufwertung der Kommunalobligationen gilt dieser Hinweis in besonderem Maße für die Angaben über die Kommunalobligationsteilungsgruppe.

Bemerkt wird ferner, daß die auf 1. Januar 1927 vorgenommene Teilausschüttung auf die alten Pfandbriefe durch Ausschüttung von 4 1/2 %igen Liquidationsgoldpfandbriefen bei den Angaben über den Bestand der Pfandbriefteilungsgruppe (I A) noch nicht berücksichtigt ist.

M a n n h e i m, im Februar 1927.

Rheinische Hypothekenbank.

Druck G. Braun, Karlsruhe

### Güterrechtsregister

Karlsruhe. 3.724  
Güterrechtsregister-  
träge.

1. Bd. XI, Seite 370:  
Wolff Fritz, Kaufmann,  
Karlsruhe, u. Paula geb.  
Pfeiffer. Vertrag v. 27.  
Dezember 1926. Güter-  
trennung, 18. 1. 27.

2. Seite 371: Dr. Jan-  
son, Philipp, prakt. Arzt,  
Karlsruhe, und Margare-  
the geb. Schabau. Ver-  
trag v. 14. Januar 1927.  
Gütertrennung, 18. 1. 27.

3. Seite 372: Reinhart,  
Arthur Hermann, Kauf-  
mann, Karlsruhe, u. Ger-  
trud Mathilde geb. Merle.  
Vertrag vom 5. Januar  
1927. Ertragsgemeinschaft  
mit Vorbehalts-  
gut der Frau, 18. 1. 27.

4. Seite 373: Wadenhut,  
Ludwig, Händler, Karls-  
ruhe, und Hermine geb.  
Christ. Vertrag vom 17.  
Januar 1927. Gütertren-  
nung, 19. 1. 27.

5. Seite 374: Jost, Otto,  
Kaufmann, Karlsruhe, u.  
Olga geb. Kauf. Vertrag  
vom 18. Januar 1927.  
Gütertrennung, 22. 1. 27.

6. Seite 375: Buch-  
leiter, Adolf, Metzger,  
Karlsruhe, und Anna geb.  
Weber. Vertrag vom 11.  
Jan. 1927. Gütertren-  
nung, 22. 1. 27.

7. Seite 376: Reiffen-  
stein, Leonhard Franz,  
Ingenieur, Karlsruhe, u.  
Erika geb. Klob. Vertrag  
vom 23. September 1919  
und Nachtrag hierzu vom  
14. Januar 1927. Güter-  
trennung, 22. 1. 27.

8. Seite 377: Eichele,  
Gustav, Kaminfegerge-  
hilfe, Karlsruhe, u. Rosa  
geb. Braun. Vertrag vom  
26. August 1926. Ertrags-  
gemeinschaft mit  
Vorbehaltsgut der Frau.  
22. 1. 27.

9. Seite 378: Solstein,  
Karl, Händler, Karlsruhe,  
und Susanna geb. Bir-  
nigh. Vertrag vom 20. 1.  
1927. Gütertrennung, 24.  
1. 1927.  
Badisches Amtsgericht.



**Ludwig Schweisgut**  
Karlsruhe i. B.  
Erbsprinzenstraße 4  
beim Rondellplatz

**Flügel**  
Pianos 759  
Harmoniums

Nur beste Fabrikate  
Sehr mäßige Preise  
Umtausch alter Klaviere



**Badisches Landestheater**  
Donnerstag, 3. Februar 1927  
\*D 15 (Donnerstagnote)  
Th.-Gem. 201—300

**Ein Maskenball**  
von Verdi  
Musikal. Leitung: J. Krips  
In Szene gesetzt von O. Krauß

Richard Busch  
René van Grollom  
Amelia Blattermann  
Marta Straß  
Oskar von Ernst  
Silvan Böser  
Samuel Lande  
Tom Dr. Buchersperg  
Nichter Siegfried  
Diener Aras

Anfang 7 1/2. Ende geg. 10 1/2.  
I. Speiszeit Markt 7.—  
Fr. 4. Febr. Das Grab des  
unbekannten Soldaten  
Sa. 5. Febr. Neueinstudierte  
Einen Zug will er sich machen

Resi-Lichtspiele  
Waldstraße 78  
**Ben Hur**